

A k t e n n o t i zLiechtensteinische Währungsmaßnahmen:  
Besuch des liechtensteinischen Regierungschefs Dr. Kieber beim Bundespräsidenten

Am 16. Juni 1977 fand beim Bundespräsidenten in Anwesenheit von Herrn Bundesrat Chevallaz und dem Unterzeichneten eine Aussprache mit dem liechtensteinischen Regierungschef, Herrn Dr. Kieber, sowie mit dem Vize-Regierungschef, Herrn Brunhart, statt. Herr Bundesrat Chevallaz hatte ausdrücklich gewünscht, dass ich an diesem Gespräch teilnehme.

Die Aussprache diente einmal der Lage, wie sie im Zusammenhang mit der Affäre der SKA entstanden ist, sodann auch der Weiterführung der Währungsverhandlungen.

Bundespräsident Furgler orientierte Dr. Kieber dahin, dass zu Beginn der dritten Sessionswoche auf die grosse Zahl parlamentarischer Interventionen betreffend die SKA-Affäre geantwortet werde. Dabei werde auch darauf hingewiesen, dass die mit dem Fürstentum Liechtenstein zusammenhängenden Fragen gesondert in der September-Session zur Sprache kämen. Der Bundesrat legt Wert darauf, dass die beiden in der parlamentarischen Beratung nicht unnötig vermengt werden. Auch gestattet dieses Verfahren wohl eine objektivere Diskussion über die Fragen, die im Zusammenhang mit Liechtenstein gestellt wurden.

Dr. Kieber dankt für diese Mitteilung, die von der Fürstlichen Regierung natürlich begrüsst wird. Auch im

liechtensteinischen Landtag liegt eine Anfrage an die Regierung bezüglich eine allfällige Revision des Gesellschaftsrechtes. Es dürfte sich deshalb empfehlen, die parlamentarischen Antworten in Bern und Vaduz aufeinander abzustimmen. Bundespräsident Furgler sichert dies zu.

In bezug auf die Weiterführung der Währungsgespräche vertritt der Regierungschef die Auffassung, dass der SKA-Skandal auch ohne Liechtenstein möglich gewesen wäre (meine Bemerkung dazu: Man hätte es aber der SKA nicht so einfach gemacht, zu sündigen).

Herr Chevallaz weist darauf hin, dass die Frage des Gesellschaftsrechts und damit zusammenhängend auch gewisse Steuerfragen besprochen werden müssten. Herr Kieber sieht dies durchaus ein, möchte aber begreiflicherweise die Frage des Zusammenhangs zwischen SKA und Liechtenstein möglichst verharmlosen.

Ich bemerke in diesem Zusammenhang, dass schon dadurch eine neue Lage entstanden sei, als Herr Nationalbankpräsident Leutwiler nicht mehr bereit sei, den vorgesehenen Brief zu schreiben. Dadurch müsse ohnehin ein neuer Vertragsentwurf diskutiert werden. Sodann komme man im Hinblick auf die Anfragen im Parlament nicht darum herum, auch die Probleme des Gesellschaftsrechts zu erörtern. Es wäre sicher von Vorteil, wenn Liechtenstein möglichst selbst eine Initiative zur Vermeidung von Missbräuchen seines Gesellschaftsrechts ergreifen würde. Wenn dies in der September-Session erklärt werden könne, wäre dies ein positives Element.

Abschliessend kommt man überein, weiterhin in Kontakt zu bleiben, vor allem auch im Hinblick auf die Beantwortung der verschiedenen Liechtenstein betreffenden parlamentarischen Fragen. Da die Zeit nicht ausreicht, zu konkreten Verhandlungsergebnissen zu kommen, wäre es auf alle Fälle wünschenswert,

wenn im September eine gemeinsame Auffassung über die zu erreichenden Verhandlungsziele erarbeitet werden könnte. Ich weise darauf hin, dass Vorarbeiten im Gange seien, um die Koordination zwischen den in Frage kommenden Bundesstellen herbeizuführen (inzwischen ist die Sitzung für den 12. Juli vorgesehen). Anschliessend würde ich meinerseits mit dem liechtensteinischen Regierungschef wegen des weitern Vorgehens in bezug auf die Verhandlungen so rechtzeitig Fühlung nehmen, dass eine Absprache der parlamentarischen Antworten rechtzeitig erfolgen kann.



(Diez)